

I. Anmeldung

TOP:

Stadtplanungsausschuss
Sitzungsdatum 03.03.2016
öffentlich

Betreff:

Entwicklung im Bereich Nordostpark, hier: Rahmenplanung "Norispark"
Bericht

Anlagen:

Bericht
 Übersichtsplan
 Rahmenplanungen der Norispark Entwicklungsgesellschaft GmbH, Variante 1+2
 Stellungnahme, Referat VII vom 17.02.2016

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

Die Norispark Grundstücksentwicklungs GmbH hat ca. 6,5 ha des 10 ha großen Areals der ehemaligen Bundespost (Fernmeldezeugamt) erworben. Das Gebiet grenzt östlich an den Nordostpark und westlich an das Areal des Diakoniewerks Martha-Maria. Ziel der Entwicklungsgesellschaft war es, den gewerblichen Bauflächenbedarf kleiner und mittelständischer Unternehmen zu befriedigen. Die Entwicklungsgesellschaft legte Rahmenplanungen für eine städtebauliche Neuordnung vor. Im Rahmen der Vorprüfungen stellte sich heraus, dass eine gewerbliche Nutzung in unmittelbarer Nachbarschaft zum Diakoniewerk Martha-Maria absehbar nicht zu bewältigende schalltechnische Konflikte auslöst. Um dies zu vermeiden, musste die städtebauliche Zielsetzung an diesem Standort neu definiert werden. Aufgrund der bereits vorhandenen starken Wohnraumnachfrage und -ergänzend- dem aktuell stark steigenden Bedarf an Wohnraum zur Unterbringung von Flüchtlingen, ist eine teilweise wohnwirtschaftliche Weiterentwicklung des Areals eine Lösung, die einerseits die Bebaubarkeit der ungenutzten Lager- und Freiflächen ermöglicht und andererseits mit den vorhandenen und zu entwickelnden sensiblen Nutzungen des Diakoniewerks Martha-Maria korrespondiert. Angestrebt ist eine mischgebietsähnliche Entwicklung. Neben befristeter und dauerhafter Wohnnutzung sollte dem Wohnen eine zuträgliche Infrastruktur (Grünflächen, Spiel- und Aktionsflächen, Einzelhandel, Sozialeinrichtungen, Kita - in Form ein Haus für Kinder u.a.) und nichtstörendes Gewerbe zur Ansiedlung kommen. Bestehendes Gewerbe bleibt erhalten, im nördlichen Teilbereich entstehen neu nutzbare Gewerbeflächen. Das Wirtschaftsreferat sieht die Gefahr einer stadtentwicklungspolitischen Fehlentwicklung. Auf die als Anlage beigefügte Stellungnahme wird verwiesen. Über den derzeitigen Stand der Planung und das weitere Vorgehen wird berichtet.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:
entfällt, da Bericht

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

Gesamtkosten

€ **Folgekosten**

€ pro Jahr

dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€ davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€ davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt,
ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

Ja

Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)
- Ja
 - Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
 - Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
 - Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
- Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die geplante Wohnbebauung zeichnet sich durch Mischung unterschiedlicher Haushaltsformen, Unterbringung von sozialen Wohnfolgeeinrichtungen (Kita, Soz.-einrichtungen) und Grün- und Spielflächen aus.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
- Ref.III
- Ref.V
- Ref. VII

II. Herrn OBM

III. Referat VI

Nürnberg,
Referat VI

(49 00)

